



**GEMEINSAME
PRESSEMITTEILUNG**
vom 7. Juli 2010



FDP-Ortsverband Ober-Olm

Vorsitzender: Andrew Ullmann
Pfannenstiel 64
55270 Ober-Olm

CDU-Ortsverband Ober-Olm

Vorsitzender: Martin Senne
An der Schwarzen Hecke 72
55270 Ober-Olm

Nahwärmeversorgung:
CDU und FDP beantragen gemeinsam Sondersitzung

Die Fraktionen von CDU und FDP haben eine Sondersitzung des Ober-Olmer Gemeinderates beantragt. Grund hierfür ist der Baubeginn der Nahwärmeversorgungsanlage auf dem Gelände des Ober-Olmer Bauhofes; diese soll öffentliche Gebäude der Gemeinde mit Wärme versorgen. Bereits im Februar wurde hierfür seitens der Verwaltungsspitzen von VG und Ortsgemeinde unter Führung von VG-Bürgermeister Ralph Spiegler und Ortsbürgermeister Heribert Schmitt (beide SPD) ein Vertrag mit der Bau- und Betreiberfirma Energiedienstleistungsgesellschaft Rheinhesen-Nahe (EDG) unterzeichnet. Die Fraktionen von CDU und FDP sehen hierfür keine ausreichende Ermächtigung durch den Ortsgemeinderat. Seitens der FDP-Fraktion wurde daraufhin bereits im März die überörtliche Aufsichtsbehörde (ADD Trier) eingeschaltet, um den Vertragsschluss und das Vergabeverfahren des Auftrages an die Firma EDG überprüfen zu lassen.

Ein Endergebnis dieser Prüfung steht nachwievor aus. Jedoch hatte die ADD Trier schriftlich gegenüber der FDP-Fraktion bereits im Mai angekündigt, dass „die noch ausstehende Entscheidung des Ortsgemeinderates“ nach Aussage von VG-Bürgermeister Spiegler gegenüber der ADD in der Ortsgemeinderatssitzung am 19.05.2010 „nachgeholt“ würde. Eine Kopie des Schreibens hätten die Verwaltungen der Verbandsgemeinde und Ortsgemeinde nach Angaben der ADD auch erhalten. Entgegen dieser Ankündigung wurde ein entsprechender Tagesordnungspunkt nicht in die Maitagung des Ortsgemeinderates aufgenommen.

Mit dem Einberufen der Sondersitzung des Ortsgemeinderates wollen FDP- und CDU-Fraktionen Ober-Olm vor möglichen Schäden schützen. Nach Beginn der Baumaßnahme ohne Ratsbeschluss muss ein Votum des Ortsgemeinderates nun zügig nachgeholt werden. Leider hat die Ortsgemeindeverwaltung die Empfehlungen der ADD im Vorfeld anscheinend nicht verstanden.

In den letzten Monaten haben CDU und FDP vor Ort beide bereits mehrfach die Vorgehensweise der durch die Koalitionsparteien SPD und FWG getragenen Ortsverwaltung unter ihrem Bürgermeister Heribert Schmitt (SPD) kritisiert. Mit dem Projekt sind Ausgaben von Steuergeldern im hohen sechsstelligen Bereich verbunden. Eine ausreichende Abwägung von Nutzen und Risiken für die Ortsgemeinde hätte daher zwingend erfolgen müssen. Insbesondere die Wirtschaftlichkeit der Anlage und die mit dem Vertrag verbundenen Ausgaben für die Ortsgemeinde sind für die Ratsmitglieder undurchschaubar geblieben. Hauptgrund hierfür ist, dass ein Vertragsentwurf und dessen finanzielle Tragweite niemals in den offiziellen Gremien der Ortsgemeinde vorgestellt und beraten worden ist.



GEMEINSAME
PRESSEMITTEILUNG
vom 7. Juli 2010



Lediglich in einer nicht-öffentlichen Beigeordnetenbesprechung unter Einladung einzelner Fraktionsmitglieder von FDP und CDU wurde im Februar dieses Jahres ein vorläufiger Vertragsentwurf beraten. Diesem vorläufigen Entwurf sind bedenkliche Sachverhalte zu entnehmen: So bindet sich die Ortsgemeinde hiernach 15 Jahre ohne Ausstiegsmöglichkeit an die Firma EDG. Preisstabilität ist damit sicherlich nicht verbunden: Die Preise für die verwendeten Brennstoffe Öl und Holzpellets können vierteljährlich seitens der Firma angepasst werden. Die seitens der Verwaltungsspitzen gepriesenen Einsparungen im Vergleich zur aktuellen Heizungsanlage sind daher keineswegs gesichert. Ohnehin sind vorausgesagten Einsparungen nach den wenigen, vorliegenden Zahlen deutlich geringer, als der Zuschuss, aus dem Konjunkturpaket 2 an Bundes- und Landessteuermitteln (rund 230.000 €) für das Projekt beträgt.

Zum Vertragsabschluss und den nun begonnenen Baumaßnahmen zum Betrieb der Anlage stellen die Fraktionsvorsitzenden Wendelin Schultheis (CDU) und Andrew Ullmann (FDP) einmütig fest:

„Eine Anlage wird wirtschaftlich nicht dadurch rentabel, dass man Gelder aus anderen Töpfen verwendet, wie hier Steuergelder des Konjunkturpaketes.“ Beide bezeichnen auch das Vorgehen der Ortsverwaltung und der sie tragenden Koalitionsparteien FWG und SPD angesichts der Intransparenz und des fehlenden eindeutigen Beschlusses im Gemeinderat als undemokratisch: „Es ist uns schon bewusst, dass der Bau auf Grund der politischen Mehrheitsverhältnisse nicht mehr aufzuhalten ist. Doch das aktuelle Vorgehen der Verwaltungen in Ort und Verbandsgemeinde setzt die üblichen demokratischen und rechtsstaatlichen Verfahren aufs Spiel. Es ist die Verantwortung von Spiegler und Schmitt, so etwas zu unterbinden und nicht zu befördern“, so Schultheis und Ullmann.